



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

24

September 2018

Seite 1 von 7

Telefon 0211 871-

Telefax 0211 871-



für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach

Sitzung des Innenausschusses am 27.09.2018
Antrag der Fraktion der SPD vom 12.09.2018
„Welche Strategie verfolgt die Landesregierung beim Kampf gegen
Extremismus?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags
übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP „Wel-
che Strategie verfolgt die Landesregierung beim Kampf gegen Extre-
mismus?“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 27.09.2018
zu dem Tagesordnungspunkt
„Welche Strategie verfolgt die Landesregierung
beim Kampf gegen Extremismus?“
Antrag der Fraktion der SPD vom 12.09.2018

Frage: Welche aktuellen Entwicklungen gibt es bei extremistischen Straftaten und Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen, aufgeteilt nach Rechtsextremismus, Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug?

Die aktuellen Entwicklungen bei extremistischen Straftaten sind im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2017, aufgeteilt nach Rechtsextremismus, Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug, beschrieben. Die Vorab-Textfassung ist unter der Webadresse https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/vorab_vs_bericht_2017.pdf abrufbar.

Der Begriff „Ausschreitungen“ ist legal nicht definiert. Soweit hierunter extremistische Straftaten i. S. v. Tumultdelikten verstanden werden, sind diese als extremistische Straftaten im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Details zu den aktuellen Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität sind in der beigefügten Tabelle aufgeführt.

Frage: Welche den Behörden bekannte Personen und Gruppen aus Nordrhein-Westfalen haben an den ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz teilgenommen?

An den Versammlungen im August und September 2018 in Chemnitz, die als Reaktion auf ein Tötungsdelikt vom 26.08.2018 stattgefunden haben, beteiligten sich auch Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen. So konnten bei den Versammlungen am 27.08.2018, 01.09.2018 und 07.09.2018 jeweils etwa ein Dutzend Teilnehmer als



dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bekannte Rechtsextremisten aus dem Umfeld der Partei DIE RECHTE identifiziert werden. Weit überwiegend sind diese dem Kreisverband Dortmund zuzurechnen. Ob Personen aus dieser Gruppe Straftaten begangen haben, unterliegt der Prüfung und Bewertung der Strafverfolgungsbehörden in Chemnitz.

Frage: Warum betont Innenminister Reul nach den rechtsextremen und ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz bewusst den Kampf gegen linksextreme Gruppen?

Die Landesregierung tritt jedweder Form des Extremismus entschieden entgegen – und das nicht erst seit den Ereignissen in Chemnitz.

Während sich die ideologischen Grundlagen der Extremisten teils fundamental voneinander unterscheiden, eint sie die Gefahr, die sie für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen.

Vor diesem Hintergrund ist gegen rechtsextremistische Gruppen, die sich etwa an Straftaten in Chemnitz beteiligt haben, ebenso konsequent vorzugehen, wie gegen linksextremistische Gruppen, die sich an den Straftaten anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg oder im Zusammenhang mit der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst beteiligt haben bzw. noch beteiligen.

Frage: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die "Patriotische Plattform" innerhalb der AfD?

Der Verfassungsschutz hat als Frühwarnsystem die Aufgabe, vor demokratiegefährdenden Bestrebungen zu warnen, die versuchen, Einfluss auf die Öffentlichkeit zu nehmen. Deshalb hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen geprüft, ob bei der Patriotischen Plattform (PP) tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen und dies bejaht.

Durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wurden offen zugängliche Erkenntnisse über die Mitglieder, Beziehungen zu rechtsextremistischen Organisationen sowie inhaltliche Aussagen analysiert. Im Ergebnis ist die PP der diskursorientierten Strömung im Rechtsextre-



mismus zuordnen. Sie unterscheidet sich dabei von der gewaltorientierten Strömung. Vier Aspekte begründen die Einschätzung:

Seite 4 von 7

- (1) Die PP verfolgt das Ziel einer ethnisch homogenen Gesellschaft. Diese Forderung verstößt damit gegen die Grundwerte unserer Verfassung.
- (2) Die PP propagiert die Etablierung eines autoritären Staatsverständnisses im Sinne des Staatsrechtlers Carl Schmitt. Schmitt war Gegner der parlamentarischen Demokratie sowie individueller Freiheitsrechte und einer der geistigen Wegbereiter der nationalsozialistischen Diktatur.
- (3) Unter den Vorstandsmitgliedern finden sich bekannte Rechtsextremisten, die bereits vorher in anderen rechtsextremistischen Organisationen tätig waren.
- (4) Die PP hat offene Sympathie für rechtsextremistische Akteure wie die Identitäre Bewegung und befürwortet eine Zusammenarbeit mit ihr. So wünscht sich der Vorstand der PP in einer Mitteilung „eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland“.

Im Übrigen führte ein ehemaliges Vorstandsmitglied der PP zur NPD aus: "Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte."

Zu beachten ist jedoch, dass die PP kein Bestandteil der Alternative für Deutschland (AfD) ist, sondern eine eigenständige Organisation. Ihr kann aber nur beitreten, wer Mitglied der AfD ist. Verfasster Zweck der PP ist es, mit ihrer Agenda auf die AfD Einfluss auszuüben und damit Politik zu gestalten. Als Gründungszweck beschreibt sie selbst die "Förderung des Patriotismus in der AfD".

Die Analyse konnte allerdings keine eigenständige, handlungsfähige Struktur der PP in Nordrhein-Westfalen aufzeigen. Aufgrund der länderübergreifenden Aktivitäten der Organisation ist der Verfassungsschutzverbund über die Ergebnisse der Analyse informiert worden.



Frage: Gibt es auch in Nordrhein-Westfalen die Tendenz, dass rechtsextremistische Gruppen den politischen und öffentlichen Schulterschluss mit der AfD suchen?

In der rechtsextremistischen Szene in Nordrhein-Westfalen besteht keine einheitliche Sicht auf die AfD. So wird diese in der neonazistischen Szene überwiegend abgelehnt. Ein führender Neonazi der nordrhein-westfälischen Szene bezeichnete die Partei auf seinem Blog anlässlich der Bundestagswahl als „neue Hure des System (sic!)“.

Rechtsextremistische Parteien wie die NPD und Pro NRW wiederum sehen die AfD vor allem als unliebsame Konkurrenz. Ferner beklagt sich Pro NRW darüber, dass die AfD nicht auf ihre Kooperationsangebote eingehe.

Allerdings meinen einige rechtsextremistische Gruppierungen, dass sie die AfD unterstützen bzw. den Schulterschluss suchen sollten. Als sich die rechtsextremistische Partei „Pro Deutschland“ im November 2017 in Wuppertal auflöste, äußerte sie, ihre Aktivitäten zugunsten der AfD einzustellen. Dies begründete „Pro Deutschland“ auch mit der politischen Entwicklung der AfD, die seit dem Kölner Parteitag im April 2017 gefestigt sei und forderte ihre Mitglieder auf, sich künftig in der AfD zu engagieren. Allerdings kann satzungsgemäß in der AfD nur Mitglied werden, wer nicht einer extremistischen Organisation angehört. Wer in der Vergangenheit Mitglied einer solchen Organisation war, muss sich einer Einzelfallprüfung unterziehen, nach welcher der zuständige Landesvorstand die Aufnahme mit Zweidrittelmehrheit beschließen muss.

Auch „Pro Köln“ hat im November 2017 erklärt, die AfD wegen gemeinsamer politischer Inhalte zu unterstützen, indem die rechtsextremistische Organisation ihrer Anhängerschaft bei Landtags- und Bundestagswahlen empfehle, die AfD zu wählen: „PRO KÖLN selbst hatte schon vor der letzten Landtags- und Bundestagswahl intern zur Wahl der AfD aufgerufen. Denn die von PRO KÖLN und Pro Deutschland vor über 10 Jahren ins Leben gerufene politische Islamkritik wird heute auf großer Bühne zweifellos am effektivsten durch die AfD vertreten.“

Der Kreisverband Ostwestfalen-Lippe der Partei „Die Rechte“ sieht im Nationalismus eine Gemeinsamkeit mit der AfD und beschloss auf seiner Jahreshauptversammlung am 13. Januar 2017 „alle nationalen Strömungen in Ostwestfalen-Lippe im Rahmen unserer Möglichkeiten zu



unterstützen.“ Dabei stellte er fest, dass es in der Vergangenheit „eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE RECHTE sowie freien Nationalisten, der NPD und einzelnen konstruktiven AfD-Mitgliedern“ gegeben habe. Ob eine Kooperation tatsächlich stattgefunden hat, ist nicht bekannt. Der Versammlungsleiter einer AfD-Kundgebung am 4. Dezember 2015 in Salzkotten hat jedenfalls gegenüber dem damaligen Kreisvorsitzenden des Kreisverbands Ostwestfalen-Lippe der Partei „Die Rechte“ erklärt, dass er keine Mitglieder der rechtsextremistischen Partei als Teilnehmer bei seiner Kundgebung haben möchte.

Anlässlich des Bundestagswahlkampfes thematisierte der Co-Leiter der „Identitären Bewegung Österreich“, Martin Sellner, der auch großen Einfluss auf die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) besitzt, auf seinem YouTube-Kanal, wie die IBD die AfD unterstützen solle. Diese solle demnach versuchen, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss zu nehmen, um die AfD und ihre Anliegen positiv darzustellen.

Politisch motivierte Kriminalität

NRW	Ausländische Ideologie			Links			Rechts			Religiöse Ideologie			Nicht zuzuordnen			Gesamt		
	Anz.	gekl.	%	Anz.	gekl.	%	Anz.	gekl.	%	Anz.	gekl.	%	Anz.	gekl.	%	Anz.	gekl.	%
Deliktgruppen																		
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0,0	0	0	0,0	1	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	1	0	0,0
Branddelikte	1	0	0,0	8	0	0,0	3	0	0,0	0	0	0,0	1	0	0,0	13	0	0,0
Sprengstoffdelikte	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0
Landfriedensbruchdelikte	7	1	14,3	6	2	33,3	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	13	3	23,1
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	0	0	0,0	7	1	14,3	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	7	1	14,3
Körperverletzungsdelikte	33	10	30,3	16	5	31,3	52	27	51,9	3	2	66,7	1	1	100,0	105	45	42,9
Widerstandshandlungen	10	6	60,0	10	4	40,0	8	7	87,5	1	1	100,0	3	2	66,7	32	20	62,5
Raub	1	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	1	0	0,0
Erpressung	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	2	2	100,0	2	2	100,0
Freiheitsberaubung	0	0	0,0	1	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	1	0	0,0
Sexualdelikte	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0
Zwischensumme Gewaltdelikte	52	17	32,7	48	12	25,0	64	34	53,1	4	3	75,0	7	5	71,4	175	71	40,6
Bedrohungen/Nötigungen	7	3	42,9	0	0	0,0	16	5	31,3	4	1	25,0	7	4	57,1	34	13	38,2
Sachbeschädigungen	31	1	3,2	171	3	1,8	60	2	3,3	0	0	0,0	36	2	5,6	298	8	2,7
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	0	0	0,0	3	0	0,0	1023	189	18,5	1	0	0,0	8	8	100,0	1035	197	19,0
Volksverhetzungen	7	6	85,7	1	1	100,0	180	95	52,8	2	1	50,0	4	4	100,0	194	107	55,2
Störung des öffentlichen Friedens	2	1	50,0	1	0	0,0	5	1	20,0	0	0	0,0	1	1	100,0	9	3	33,3
Beleidigungen	18	10	55,6	27	10	37,0	88	54	61,4	0	0	0,0	12	8	66,7	145	82	56,6
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	92	53	57,6	1	1	100,0	0	0	0,0	0	0	0,0	0	0	0,0	93	54	58,1
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	36	22	61,1	19	6	31,6	1	1	100,0	0	0	0,0	1	0	0,0	57	29	50,9
sonstige Straftaten	12	4	33,3	29	8	27,6	13	6	46,2	5	4	80,0	9	4	44,4	68	26	38,2
Summe Gesamt	257	117	45,5	300	41	13,7	1450	387	26,7	16	9	56,3	85	38	42,4	2108	590	28,0

Stand: 18.09.2018

Anlage zum
Bericht des Ministers des Innern „Welche Strategie verfolgt die
Landesregierung beim Kampf gegen Extremismus?“

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

